

Refereed article

Deutschlands Politik gegenüber der *Belt and Road Initiative* der Volksrepublik China 2013–2018: eine erste Bestandsaufnahme

Sebastian Harnisch

Summary

The article describes and explains Germany's societal, economic, and political reactions to the "Belt and Road Initiative" (BRI). This is (potentially) China's global interconnectivity platform, established in 2013 to address development challenges in some of the country's border provinces, in its export-led growth model, as well as the infrastructure and development gaps in neighboring regions. Applying a liberal theory perspective, the article finds strong economic support for the initiative in Germany but also growing political concerns about regulatory conflicts over equal market access, Chinese investments in the European Union, and their (potential) political implications for intra-EU decision-making processes. The article concludes that some structural conflicts between the EU/Germany and China are inevitable, as evidenced by the recent launch of the EU's own infrastructure initiative for Asia – but also that several structural adjustments as well as dwindling Chinese resources will mitigate these conflicts in the future.

Keywords: Belt and Road Initiative, German foreign policy, Chinese investment, European Union, 16 + 1 initiative

Sebastian Harnisch, Professur für Internationale Beziehungen, Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Einleitung

Der Beitrag untersucht die Bedeutung gesellschaftlicher Präferenzen für die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der *Belt and Road Initiative* (BRI; dt.: Seidenstraßeninitiative) der Volksrepublik China seit 2013. In einer solchen liberalen Außenpolitikanalyse werden gesellschaftliche Interessen der Verteilung ideeller Werte und Wohlstandschancen über durchsetzungsstarke Mittlerinstitutionen (z. B. Unternehmensverbände und Nicht-Regierungsorganisationen) in das politische System hineingetragen und dann nach Maßgabe der institutionellen Mitwirkungschancen, u. a. der Anzahl institutioneller Vetospieler, von den Parteien der regierungsbildenden Koalition gegenüber der chinesischen Regierung vertreten (Brummer und Oppermann 2007: 31–50; Oppermann und Brummer 2018). Dabei wird die unterschiedliche Gewichtung ideeller und wirtschaftlicher Präferenzen und deren Durchsetzungsfähigkeit in der Regierungspolitik herangezogen (Fioretos 2001; Moravcsik 1997, 2008; Schirm 2013, 2016), um die Vereinbarkeit (Komplementarität) dieser Präferenzen mit jenen der chinesischen Seite zu erklären.

Der Beitrag argumentiert, dass ideelle und wirtschaftliche Präferenzen, insbesondere deren Kombination und Priorisierung, eine plausiblere Erklärung für das deutsche Verhalten bereithalten als dies machtpolitische oder geoökonomische Ansätze tun (Kundnani 2011). Danach wird die deutsche Politik gegenüber der BRI bislang von dem Interesse an beiderseitigen wirtschaftlichen Gewinnen und dem Erhalt einer regelgeleiteten internationalen Wirtschafts-, Handels- und Investitionsordnung geprägt, während die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik stärker menschen- und bürgerrechtliche Fragen thematisiert. Die Untersuchung berücksichtigt auch den Wandel der amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik unter Präsident Donald Trump hin zu einer unilateralen und auf relative Gewinne abzielenden Politik sowie die Entscheidung der britischen Regierung, aus dem EU-Verbund auszutreten. Während die beiden letzteren Entwicklungen die kompatiblen Interessen an einer freien und liberalen internationalen Wirtschaftsordnung stärken, werfen sie auch ein Schlaglicht auf die strukturellen Konflikte zwischen der europäisierten liberalen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik und der nach wie vor staatlich gelenkten Wirtschaft der Volksrepublik.

Die Untersuchung ist wie folgt aufgebaut: Nach einer kurzen Vorstellung des liberalen Erklärungsansatzes und damit verbundener Arbeitshypothesen in Abschnitt 2 analysiert der Beitrag die deutsche Reaktion auf die Seidenstraßeninitiative in zwei distinkten Phasen: zunächst in einer Phase des aufmerksamen Zögerns (Abschnitt 3.1). Sie ist primär durch eine öffentliche Skepsis und intensive chinesische Gesprächsangebote geprägt, während die Anzahl der konkreten bilateralen Projekte gering blieb (2013–2015). Abschnitt 3.2 untersucht die zweite Phase (2015–), in der sich ein Politikmuster aus Kooperations- und

Konfliktbereitschaft entwickelt. Einerseits unterstützt die Bundesregierung die Verknüpfung der BRI mit dem Trans-European Transport Network (TEN-T) der Europäischen Union (EU) im Rahmen der EU-China Connectivity Platform (2015) und kooperiert aktiv bei BRI-Projekten in Afghanistan und Angola. Andererseits kritisiert die Regierung Merkel jene bi- und plurilaterale Kooperation Chinas mit den zentraleuropäischen Staaten, u. a. im Zuge der 16+1-Verhandlungen, die im offenen Widerspruch zu EU-Regeln steht oder auf die direkte Einflussnahme auf EU-Politiken abzielt. Ein kurzes theoretisches Fazit sowie politische Handlungsempfehlungen schließen die Analyse ab.

Eine liberale Außenpolitikanalyse der deutschen BRI-Politik

Aus einer liberalen Theorieperspektive lassen sich unterschiedliche Antworten auf die Frage finden, wie abhängig oder unabhängig von gesellschaftlichen Präferenzen die Bundesregierung die Außenpolitik des Landes gestalten kann. Folgt man der frühen Argumentation von Thomas Risse (Risse-Kappen 1991), dann hat die gesellschaftliche Demokratisierung ab den 1960er Jahren den Modus der exekutiv-gesteuerten Außenpolitik (Stichwort: Kanzlerdemokratie) so verändert, dass seit der Vereinigung zumindest in der Sicherheitspolitik eine starke Gesellschaft über Wahlen, Parteibildungen und Proteste substantiellen Einfluss auszuüben vermag. Harnisch (2006) argumentiert einerseits, dass durch die wachsende Einbindung der Bundesrepublik in internationale Organisationen, insbesondere in die EU, die Handlungsautonomie der Exekutive gegenüber anderen Akteuren (Legislative und Judikative) gestärkt wurde. Andererseits versuchen diese Akteure aber daraufhin zunehmend die Exekutive durch prozedurale und normative Forderungen einzuhegen, um ihre eigene Position im Entscheidungsprozess und ihre Politikpräferenzen durchzusetzen (Harnisch 2009). Internationale Einbindung verändert in dieser Argumentation die innerstaatliche institutionelle Ordnung, indem bestehende domestische Vetopositionen zunächst in Frage gestellt und dann, in Reaktion auf zunehmende, exekutive Autonomiegewinne in internationalen Organisationen, gestärkt werden.

Der Einfluss der öffentlichen Meinung und gesellschaftlicher Interessengruppen

Basierend auf der Annahme, dass sich der außenpolitische Entscheidungsprozess der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren, insbesondere aber im Zuge der „Demokratisierung der Sicherheitspolitik“ (1980er Jahre) geöffnet hat (Risse-Kappen 1988), gewinnt die Frage an Bedeutung, wann genau welche gesellschaftliche Präferenzen die deutsche Außenpolitik prägen. Aus liberaler Sicht gilt durch die unterschiedlich stark ausfallende Verteilungswirkung (ideell oder kommerziell) außenpolitischer Entscheidungen auf die Gesellschaft als Ganzes oder

Teile folgender Zusammenhang: Je unspezifischer (oder breiter) die Verteilungswirkung, desto wichtiger ist die Einstellung der Gesamtbevölkerung für die Entscheidung. Je stärker der Organisationszweck einer Interessengruppe von Verteilungseffekten betroffen ist, desto stärker wird die Gruppe versuchen, die Politik zu beeinflussen (Bienen et al. 1999: 22–23; Milner 1997: 60–65).¹

Im Hinblick auf die Verteilungswirkung auf die Gesamtgesellschaft argumentiert die sog. Salienzforschung, dass die Bedeutsamkeit einer (außen-)politischen Frage für die Wahlentscheidung der Bürger und damit die Aufmerksamkeit ihrer parlamentarischen Vertreter, die sog. Salienz, entscheidend für deren Einfluss auf (Einzel-)Entscheidungen ist (Oppermann und Viehrig 2011). Diese Forschung konstatiert, dass die Salienz außen- und europapolitischer Themen in Deutschland stark variiert: So lässt sich ein abnehmender permissiver Konsens der Bundesbürger für eine integrationsfreundliche Europapolitik festhalten, der sich u. a. auch in der Parteineugründung der rechtspopulistischen “Alternative für Deutschland” zeigt. Dagegen wird die Salienz in anderen Politikbereichen, beispielsweise der Auslandseinsatzpolitik, stark durch die mediale Darstellung wichtiger Ereignisse (Irakkrieg) beeinflusst (Oppermann und Höse 2011: 61–66).

Interessengruppen und ihr Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen sind dann besonders stark, so die liberale Auffassung, wenn sie über eine starke Organisationsfähigkeit verfügen, ihr situativer Mobilisierungsgrad hoch ist, sie mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sind und sie (deshalb) über einen guten Zugang zum Entscheidungsprozess verfügen (Bienen et al. 1999). Homogene Interessengruppen setzten sich eher durch als heterogene (Gourevitch 2002: 310). Daraus folgt, dass, insofern eine außenpolitische Entscheidung substantielle Verteilungswirkung auf organisierte Interessen hat und eine situative Motivation der Interessensgruppe geweckt wird, z. B. von Produzenteninteressen mit erheblicher Wirkung auf den Arbeitsmarkt (Moravcsik 1993: 486–496), desto stärker diese auf die außenpolitische Entscheidung einzuwirken versuchen wird (Schirm 2013: 691).

Verhaltenserwartungen für die deutsche BRI-Politik

Eine liberale Analyse der deutschen Reaktion auf die chinesische BRI-Politik muss folglich danach fragen, wann und inwiefern durchsetzungsstarke gesellschaftliche

1 Stefan Schirm argumentiert in diesem Zusammenhang, dass starke materielle Interdependenzeffekte sektorspezifische Interessenkoalitionen aktivieren, die dann die staatliche Politik beherrschen. Sind hingegen fundamentale Fragen von Staat-Markt-Beziehungen berührt, so Schirm, folgt die staatliche Politik eher prinzipienbasierten gesellschaftlichen Ideen (vgl. Schirm 2013: 692). Diese gesellschaftlichen Ideen können in prozess- und inhaltlich orientierte Ideen differenziert werden, die von entsprechenden Institutionen des Staates aber auch beeinflusst werden können. Wann und unter welchen Bedingungen diese wechselseitige Konstitution erfolgt, ist Gegenstand der empirischen Forschung (vgl. Schirm 2016: 69).

Interessen durch die Seidenstraßeninitiative tangiert wurden. Für die Gesamtgesellschaft darf erwartet werden, dass die öffentliche Wahrnehmung primär durch die Medienberichterstattung, zentrale politische Ereignisse und Expertenmeinungen fokussiert und beeinflusst wird. Betrachtet man hingegen die Einflussnahme spezifischer Interessen- und Produzentengruppen, so kann begründet vermutet werden, dass sich ihre Präferenzen erst dann genauer herausbilden, wenn konkrete Verteilungskonflikte oder Gestaltungschancen zwischen den deutschen gesellschaftlichen Interessen und den chinesischen Politiken sichtbar werden.

Konkret besteht eine liberale Analyse daher aus mindestens zwei Untersuchungsschritten: der Untersuchung der gesellschaftlichen Interessen- und Präferenzbildung in Schritt 1 und der Analyse der Durchsetzung dieser Präferenzen im außenpolitischen Prozess in Schritt 2.² Wichtig ist hierbei, dass die Behauptung gesellschaftlicher Präferenzen in Schritt 2 immer vor dem Hintergrund der Handlungsinterdependenz mit dem Partnerstaat – hier der Volksrepublik China – erfolgen muss. Denn es können sich im zwischenstaatlichen Aushandlungsprozess nur jene Präferenzen durchsetzen, die auf gleichgerichtete oder kompatible Präferenzen beim Kooperationspartner treffen. Im Fall eines Präferenzkonfliktes gilt, dass sich nur solche Präferenzen auch gegen den erklärten Willen des Konfliktpartners durchsetzen können, die es vermögen, gesamtgesellschaftliche Ressourcen zu mobilisieren. Diese Handlungsinterdependenzen gelten über Zeit als relativ stabil, weil sie an die besitzstandwahrenden Interessen zentraler gesellschaftlicher Gruppen in den Staaten gebunden sind. Veränderungen dieser Interessenlagen resultieren vor allem dann, wenn technologische Entwicklungen oder wirtschaftliche oder sektorspezifische Dynamiken die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Akteure neu setzen.

Im konkreten Fall verändern sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunächst ab 2008 durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, indem sich die bestehenden Absatz-, Investitions- und Produktionschancen zwischen China und den USA relativ abschwächen und dadurch europäische Märkte und Produktionsstandorte stärker nachgefragt werden (Chen 2014). Zum anderen wirkte sich die Eurozonenkrise (ab 2011) zunächst in südlichen EU-Mitgliedsstaaten und dann auch in den Kernökonomien (Europas) stark auf die chinesische Investitionstätigkeit aus, indem dringend benötigtes Kapital zur Konsolidierung der Krisenökonomien nun stärker auch aus China nachgefragt wurde. Bilaterale Konflikte sind daher dann zu erwarten, wenn die weitere politische und wirtschaftliche Öffnung der EU und Deutschlands für die wirtschaftliche Kooperation und Integration mit chinesischen Akteuren nicht mit einer gleichwertigen Öffnung der chinesischen Wirtschaft (und Politik) für deutsche und europäische Akteure einhergeht.

2 Diese Schritte werden hier idealtypisch getrennt, obwohl sie häufig zeitlich sehr eng korrespondieren oder gar parallel verlaufen.

Die deutsche Reaktion auf die *Belt and Road Initiative*

Wenn man das öffentliche Interesse und die Haltung der Bundesregierung auf die von Präsident Xi Jinping im Herbst 2013 lancierte Seidenstraßeninitiative analysiert, so können zwei unterschiedliche Phasen identifiziert werden: In der ersten Phase bis etwa Mitte des Jahres 2015 bleibt das öffentliche Interesse – trotz erheblicher Bemühungen der chinesischen Regierung – verhalten.³ Die Haltung der Bundesregierung ist von Anbeginn grundsätzlich positiv, wenngleich abwartend, denn es finden sich vor 2015 nur wenige prominente öffentliche Stellungnahmen. In der zweiten Phase ändert sich das Bild: zum einen wirkt das chinesische Investment in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern auf die bestehenden Infrastrukturinitiativen der EU, sodass auf Drängen Deutschlands mit der EU-China-Konnektivitätsplattform ein Mechanismus geschaffen wird, Konflikte zu vermeiden und Synergien zu verwirklichen; zum anderen beteiligt sich die Bundesrepublik an der von China im Rahmen der BRI initiierten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) und signalisiert damit – angesichts US-amerikanischer Opposition – Unterstützung für die Entwicklungsziele der BRI.

„Besser nach dem Weg fragen als in die Irre gehen“

Die gesellschaftliche und öffentliche Wahrnehmung der BRI verlief in der Bundesrepublik zunächst schleppend. Nur wenige Fachpublikationen – wie jene von Nadine Godehardt (2014, 2016) und Moritz Rudolf (2015) – und Zeitungsberichte erörterten die Frühphase des Projektes. Ein erstes Schlaglicht warf der Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in Duisburg im März 2014, der die bereits bestehenden Infrastrukturinitiativen für die Etablierung von Bahnverbindungen (Leipzig–Shenyang 2011 und Duisburg–Chongqing 2012) medienwirksam mit der Seidenstraßeninitiative verknüpfte (Cnotka 2014). Die konkrete Einbindung deutscher Unternehmen blieb in dieser Frühphase aber zunächst auf den Logistiksektor beschränkt.

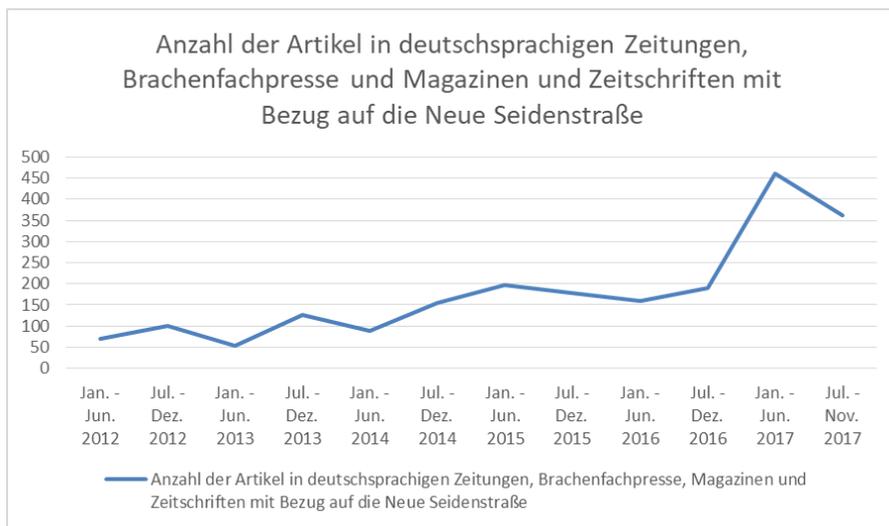
Auch als sich im Oktober 2014 600 Vertreter von Wirtschaft und Politik aus China und Europa zum “Hamburg Summit” trafen, stand die BRI noch nicht im Fokus des Interesses. Erst im Juni 2015 fanden sich dann 120 deutsche und chinesische Wirtschaftsvertreter und Entscheidungsträger auf Einladung der Stadtregierung von Taicang zusammen, um konkreter im Rahmen einer Tagung über die “One Belt, One Road Initiatives – Dialogue on the New German-Chinese Cooperation” zu diskutieren (Lu/Anchetta 2015). Es kann daher nicht überraschen, dass sich eine gemeinsame bilanzierende Tagung der chinesischen Botschaft in Berlin und des Auswärtigen Amtes im Februar 2016 weniger mit den unmittelbaren deutschen Erfahrungen beschäftigte, sondern vielmehr die Kompatibilität der BRI mit

3 Vgl. Grafik 1, die eine vergleichsweise schwache Printmedienberichterstattung bis Mitte 2015 zeigt.

bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften, der Eurasischen Union und der EU erörterte (Ederer 2016).

Eine repräsentative Analyse der gesellschaftlichen Einstellungen in Deutschland gegenüber China zeigte für das Jahr 2014 eine positive Grundeinstellung gegenüber der Volksrepublik China. Abweichende Werte lassen sich für die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie für die Einstellungen der Gesamtbevölkerung, der wirtschaftlichen Akteure und der politischen Eliten feststellen: So wird die Volksrepublik in der Bundesrepublik als globale und dynamische Wirtschaftsmacht wahrgenommen, die von rund der Hälfte der Befragten Deutschen (49%) sowie Politikern (43%) und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern (51%) mit Sorge betrachtet wird. Gleichzeitig sind interessante demografische Trends und Transnationalitätseffekte zu erkennen. Zum einen betrachten ältere Befragte und jene ohne eigene Landeserfahrungen die chinesische Wirtschaftskraft deutlich skeptischer. Zum anderen nahm die Sorge gegenüber einer „zu starken Wirtschaftsmacht China“ gegenüber einer Umfrage aus dem Jahr 2012 deutlich ab (Huawei 2014: 89–90).

Betrachtet man nun konkret die öffentliche Wahrnehmung der chinesischen Seidenstraßeninitiative durch die Linse der veröffentlichten Meinung, so findet die BRI im Verlauf des Jahres 2014 langsam breitere Aufmerksamkeit. Ein erster Höhepunkt der Berichterstattung wird im Frühjahr 2015 mit der Diskussion um die deutsche Beteiligung an der Gründung der AIIB erreicht. Seit 2015 nimmt sodann die projektbezogene Berichterstattung deutlich zu. Im ersten Halbjahr 2017 wird ein weiterer Berichterstattungshöhepunkt durch das Belt & Road Forum in Peking (14.–15. Mai 2017) markiert (siehe auch Abschnitt weiter unten). Regionale Schwerpunkte der Berichte, Kommentare und Nachrichten bilden Medien aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg, die teilweise über exponierte Infrastrukturprojekte, z. B. den Duisburger Hafen, oder Branchenschwerpunkte, z. B. im Maschinenbau, eng an die Investitions- und Projektstätigkeit angebunden sind.

Grafik 1: Deutsche Medienberichterstattung zur chinesischen Seidenstraßeninitiative⁴

Quelle: eigene Erhebung auf Grundlage der Datenbank Lexis-Nexis.

Der politische Tenor der Berichterstattung liegt in der ersten Phase neben den Chancen für die deutsche Wirtschaft auch auf den Risiken der Initiative (beispielsweise DW 2014): Zum einen sei die Initiative von geopolitischen Motiven geprägt, die auf eine chinesische Einflussnahme in vielen Weltregionen und die Verdrängung des Westens abzielten; zum anderen verfolge sie das Interesse, bestehende chinesische Überkapazitäten in Einzelsektoren in regionalen Märkten einzusetzen, ohne Rücksicht auf die potentiellen Verwerfungen in den lokalen Wirtschaften. Dass die Initiative auch stabilisierende Wirkung entfalten kann und soll, in Chinas strukturschwachen Randprovinzen und Nachbarstaaten, findet sich indes auch (Gaspers 2016: 28).

Betrachtet man das Verhältnis von gesellschaftlichen Präferenzen – die hier als zurückhaltend bis skeptisch gekennzeichnet werden – zur offiziellen Haltung der Bundesregierung, so ist eine deutliche Diskrepanz zu erkennen. Denn die Bundesregierung unterstützte die *Belt and Road Initiative* bereits im Oktober 2014 ausdrücklich, und damit noch bevor die Nationale Reformkommission die genaueren Umrisse der Initiative im Aktionsplan (April 2015) näher erläutert hatte. Im Rahmen

⁴ Die Auswertung basiert auf einer Lexis-Nexis-Recherche mit den deutschsprachigen Operatoren „Seidenstraße“ und „China“. Es wurden nur Zeitungen, Branchenpresse und Magazine & Zeitschriften berücksichtigt. Ausgenommen werden dadurch: Agentur- & Pressemeldungen, webbasierte Publikationen, Nachrichten, Websites, Fachzeitschriften und Unclassified.

der dritten Regierungskonsultationen findet sich im Abschlusskommuniqué folgender Passus:

Deutschland begrüßt den weiteren Ausbau der transkontinentalen Handelsrouten im Landverkehr zwischen Europa und China und die Initiative der Wirtschaftsachse entlang der Seidenstraße. Diese eröffnet neue Chancen für die deutsch-chinesische und die europäisch-chinesische Zusammenarbeit und leistet einen Beitrag zu Stabilität und Wohlstand in Zentralasien und den entlang der Route gelegenen Ländern. (Bundesregierung 2014: 1)

Konturierter wird die deutsche Position dann in einer Rede der Bundeskanzlerin in Peking im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises im Oktober 2015. Zum einen preist sie das langfristige strategische Denken der chinesischen Führung bei der Entwicklung der Seidenstraßeninitiative und zum anderen fordert sie auch eine gesellschaftliche Debatte über die Folgen der neuen Infrastruktur ein. Konkret nennt sie die EU-China-Konnektivitätsplattform, welche die von Berlin gewollte Einbindung der EU in die BRI sicherstellen soll (Merkel 2015).

Dass die Volksrepublik im Rahmen des 16+1-Formats bereits mit einzelnen EU- und Anrainerstaaten sowie kleineren Gruppen in Mittelosteuropa verhandelt, kommentiert die Kanzlerin zu diesem Zeitpunkt noch verhalten skeptisch:

Wir sehen, dass China manchmal innerhalb der Europäischen Union Gruppen bildet, mit denen man dann spezielle Kooperationsformate bildet – mal in mittel- und osteuropäischen Ländern, mal in südeuropäischen Ländern, teils auch in Ländern, die noch nicht Mitglied der EU sind, sondern nur Beitrittskandidaten. Ich will nur sagen: Man kann auch mit der ganzen Europäischen Union reden. Allerdings ist es, wie ich glaube, für China durchaus interessant, immer wieder unterschiedliche Akzente der Europäer kennenzulernen. Wir sind aber auch selbst schuld, wenn wir in Europa nicht mit einer Stimme sprechen können. (Merkel 2015)

In der Summe fällt die Haltung der Bundesregierung in dieser ersten Phase also deutlich positiver aus als jene der veröffentlichten Meinung (Tagespresse und wissenschaftliche Publikationen). In den Stellungnahmen der Bundesregierung ist zwar der Wunsch nach einer stärkeren Einbindung Deutschlands in konkrete Projekte der Initiative erkennbar. Die positive Einschätzung ruht in dieser Phase aber mehr noch auf dem historischen Entwicklungspotential der Initiative und den Chancen auf eine wirtschaftliche und damit auch politische Stabilisierung der Länder entlang den beiden Seidenstraßenrouten. Solange die Umriss des Weges der Initiative in der ersten Phase noch schemenhaft und unklar blieben, solange konnte die Regierung noch relativ unabhängig agieren und das Entwicklungspotential betonen. Dieser Spielraum wird in der zweiten Phase indes deutlich kleiner.

Ein guter Nachbar ist besser als ein Goldschatz

Die zweite Phase der deutschen Reaktion ist durch einen Mix von Konflikt und Kooperation geprägt. Dieser lässt sich an den konkreten Verteilungswirkungen der chinesischen Initiative auf die Bundesrepublik und Staaten der EU und den Kooperationschancen in Drittregionen, beispielsweise Asien und Afrika, festmachen. So lassen sich drei verschiedene Wirkungskreise der chinesischen Initiative identifizieren, die unterschiedliche Verteilungseffekte mit sich brachten: auf die Bundesrepublik selbst, in der positive Effekte die negativen Wirkungen überwiegen; auf die EU und ihre Nachbarschaft, in der neben wirtschaftlichen nun auch zunehmend politische Effekte sichtbar wurden; und auf die außereuropäischen Regionen, in denen primär positive Effekte durch gemeinsame Projekte angestoßen werden sollen.

Verteilungseffekte und regionale Wirkungen

In den Jahren 2016 und 2017 wird die wirtschaftliche Dynamik, die von der BRI ausgeht, und weiter ausgehen könnte, deutlicher spürbar, denn die bilaterale chinesische Direktinvestitionstätigkeit in Europa, besonders in der Bundesrepublik, stieg sprunghaft an (vgl. Tabelle 1 und Grafik 2). Zudem führte die transatlantische Debatte über den Verkauf von kritischen Technologieunternehmen (hier Kuka Robotics) im Jahr 2016 dazu, dass die Bundesregierung sich mit anderen europäischen Regierungen für eine substantielle Verschärfung der europäischen Kontrolle von externen Unternehmensübernahmen einsetzte (Stanzel 2017).

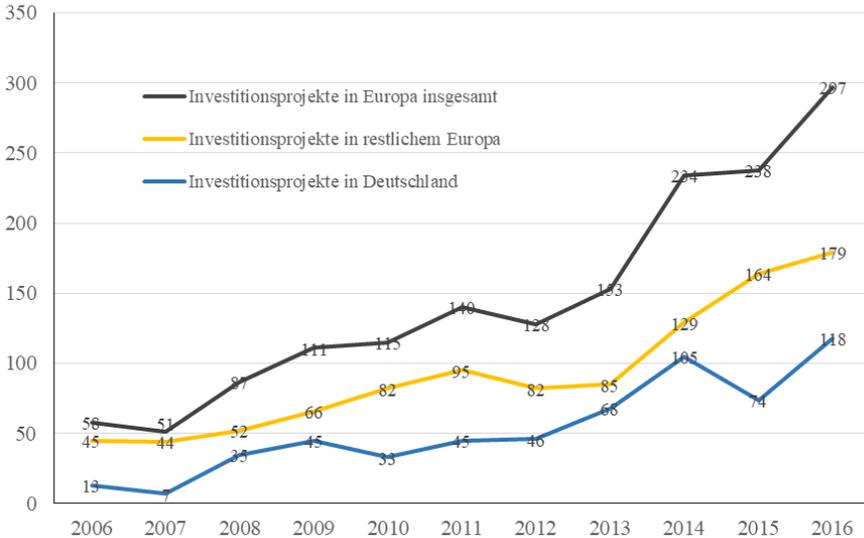
Tabelle 1: Anzahl und relativer Anteil der chinesischen Investitionsprojekte in Deutschland und Europa (2006-2016)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	13	7	35	45	33	45	46	68	105	74	118
restliches Europa	45	44	52	66	82	95	82	85	129	164	179
Europa insgesamt	58	51	87	111	115	140	128	153	234	238	297
Marktanteil Deutschlands	22 %	14 %	40 %	41 %	29 %	32 %	36 %	44 %	45 %	31 %	40 %

Quelle: eigene Darstellung mithilfe von Daten von Ernst & Young (2017).

Grafik 2: Chinesische Investitionen in Deutschland und Europa (2006-2016)

Zahl der Investitionsprojekte chinesischer Unternehmen in Deutschland und Europa



Quelle: eigene Darstellung mithilfe von Daten von Ernst & Young (2017).

Außerdem wurde der rasche Anstieg chinesischer Direktinvestitionen in Berlin zum Anlass genommen, vor dem Hintergrund des schwelenden Streits um die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft in der WTO stärker als zuvor die mangelnde Öffnung chinesischer Wirtschaftssektoren (u. a. Solar, Chemie und Stahl) für europäische Unternehmen zu thematisieren (DW 2017; von der Burchard et al. 2017).

Die unmittelbare Folge dieser robusteren deutschen Marktöffnungspolitik war ein europäisch-chinesischer Streit während des Belt & Road Forums in Peking Mitte Mai 2017. Nachdem beide Seiten sich nicht auf die Integration entsprechender europäischer Forderungen in eine (weitere) Abschlusserklärung einigen konnten, wurde diese in der Folge von vielen europäischen Staaten, darunter Deutschland, nicht gezeichnet (Lee 2017).

Weiteres konkretes Konfliktpotenzial entzündete sich aus deutscher Perspektive an drei Verteilungswirkungen der Initiative auf die EU und ihre östlichen Nachbarstaaten: Erstens ertüchtigen chinesische Infrastrukturkredite politische Akteure innerhalb der EU und ihrer Nachbarschaft, die, wie der serbisch-bosnische Politiker Dodik, EU-Normen oder EU-Beitrittsanforderungen einer verbesserten Regierungsführung abwehren wollen. Die unmittelbare Folge ist, dass die

chinesische Investitionstätigkeit in direkten Widerspruch zu EU-Normen und beispielsweise auch der EU-Beitrittsstrategie für die Balkanstaaten geraten kann bzw. geraten ist (Karnitschnig 2017).

Zweitens führt die auf Kredit basierte chinesische Infrastrukturanierung in vielen mittelosteuropäischen Staaten dazu, dass günstigere EU-finanzierte Programme (aufgrund des größeren Schenkungsanteils) mit strengeren Implementationsregeln nicht mehr so nachgefragt werden. Auf diese Weise geraten chinesische kreditbasierte Programme kurzfristig in einen direkten regulatorischen Wettbewerb mit entsprechenden EU-Programmen. Langfristig führt die höhere Verschuldung dieser zentral- und osteuropäischen Staaten aber auch dazu, dass die Volksrepublik China einen wirtschaftlichen Hebel erlangen könnte, um einzelne Staaten oder Staatengruppen in außenpolitischen Fragen gefügig(er) zu machen.⁵

Schließlich werden drittens durch chinesische Investitionen auch innerhalb der EU neue politikökonomische Verteilungskonflikte ausgelöst. So wurde im Jahre 2017 in Berlin aufmerksam beobachtet, wie einige von der Eurokrise betroffene südliche Mitgliedsländer (u. a. Griechenland, Portugal, Malta), die zur Konsolidierung ihrer Ökonomien umfänglich chinesische Investitionen nutzten, europapolitisch Positionen im chinesischen Interesse einnahmen und Entscheidungen blockierten, sodass eine gemeinsame kritischere Haltung der EU gegenüber der Volksrepublik in wichtigen Einzelfragen nicht zustande kam (Cerulus und Hanke 2017).

Die Folge dieser Wahrnehmung einer chinesischen „Teile-und-Herrsche-Strategie“ war, dass der deutsche Außenminister Ende August 2017 in ungewöhnlich deutlichen Worten China aufforderte, Europa nicht zu spalten und eine „Ein-Europa-Politik zu praktizieren“, schließlich habe die EU sich ja in der Vergangenheit auch bereitgefunden, eine „Ein-China-Politik“ zu verfolgen (Euractiv 2017).

Öffentliche Meinung und Medienberichterstattung

Die generelle Einstellung der Deutschen gegenüber der chinesischen Wirtschaftskraft ist 2016 weniger sorgenvoll als noch 2014. Vergleicht man die Befunde der Befragung deutscher Bürger, Politiker und wirtschaftlicher Entscheidungsträger, so zeigt sich, dass nur noch 44% der Gesamtbevölkerung (2014: 49%) Vorbehalte hegen, während die Anzahl von politischen (2014: 43% auf 2016: 35%) und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern (2014: 51% auf 2016: 34%) mit Sorgen über die chinesische Wirtschaftskraft auf rund ein Drittel der Befragten zurückgegangen ist (Huawei 2016: 68).

Im Kontrast hat in der zweiten Reaktionsphase (ab Mitte 2015) die deutsche Medienberichterstattung zur BRI deutlich zugenommen (vgl. Grafik 1). Auch sind

⁵ Vgl. Makocki (2017) sowie die Darstellung weiter unten entsprechender Episoden chinesischer Einflussnahme auf EU-Entscheidungen mit Hilfe wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber EU-Mitglieds- oder Aspirantenstaaten.

deutlich mehr deutsch- und englischsprachige Fachpublikationen zu verschiedenen Aspekten der BRI erschienen (Übersichten bei EP 2016, 2017). So erörtern van der Putten et al. (2016) die Politiken wichtiger EU-Mitgliedstaaten gegenüber der BRI und die gemeinsame Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Schwedischen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) die sicherheitspolitischen Konflikt- und Kooperationspotentiale mit der EU insgesamt (Ghiassy und Zhou 2017). Die Bedeutung für die EU, die mittelosteuropäischen EU-Mitglieder und die transeuropäische Infrastrukturpolitik analysieren Jakóbowski (2015), Schüller und Schüler Zhou (2015), Pepe (2017), Stanzel (2016) und Makocki (2017), während Schiek (2017) die Auswirkungen auf Zentralasien in den Blick nimmt. Speziell aus entwicklungspolitischer Perspektive blickt das Asienhaus (China-Programm der Stiftung Asienhaus 2017; China-Programme/Stiftung Asienhaus, chinadialogue 2017) auf die Initiative und bietet auch einen eigenen Newsletter zum Thema ([www.http://oborwatch.org/](http://oborwatch.org/)).

Vergleicht man die Presseberichterstattung in beiden Untersuchungszeiträumen, dann verschiebt sich der politische Tenor der Berichterstattung gegenüber der ersten Untersuchungsphase deutlich: Einerseits stehen konkrete wirtschaftliche Entwicklungschancen in Deutschland im Fokus des Interesses (DVZ 2017; Heinritzi 2017), die auch durch entsprechende Interviews chinesischer Diplomaten flankiert werden (RP 2017; Welt 2017). Denn selbst wenn deutsche Unternehmen und Städte in der ersten durch Infrastrukturausbau geprägten Phase noch nicht so stark profitieren dürften, so der Tenor, so bestehe doch die begründete Hoffnung, dass verbesserte Marktzugangschancen der deutschen Exportwirtschaft längerfristig helfen dürften. Andererseits treten die wirtschaftlichen (und entwicklungspolitischen) Wirkungen der Initiative in und für Europa (aber auch darüber hinaus) in das Blickfeld der Printmedien und Fachöffentlichkeit (Erling 2017; Heilmann und Gaspers 2017; Sey 2017). Dabei verdiente der deutsche Beitritt zur AIIB im März 2015 die besondere Aufmerksamkeit der Medien (Horta et al. 2016; Ramsauer 2016).

Gesellschaftliche Akteure und Interessengruppen

Mit der Veröffentlichung des gemeinsamen Aktionsplans der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission im März 2015 trat die Seidenstraßeninitiative in die konkrete Ausarbeitungs- und Umsetzungsphase ein (vgl. <http://english.gov.cn/beltAndRoad/>). Neben verbesserter physischer Konnektivität beinhaltet die Initiative auch intergouvernementale Politikkoordination und Maßnahmen zur Handels- und Investitionsförderung sowie der Förderung zwischenmenschlicher Kontakte (Miller 2017; Rolland 2017). Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), der größte und wichtigste Interessenverband der deutschen Wirtschaft, begrüßte die Initiative von Anfang an (China Daily 2016). Seit Mitte 2017 ist er mit einer eigenen Repräsentanz in Peking vertreten, um – nach

eigener Aussage – bestehende Kontakte auszubauen, aber auch sich anbahnende Konflikte auszuräumen (BDI 2017). Ähnlich positiv über die Entwicklungschancen der deutschen Wirtschaft äußerte sich der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) (DW 2017).

Konkret fordern Vertreter der deutschen Wirtschaft, wie der Präsident des BDI, Jochen Krempf, dass die chinesische Volkswirtschaft sich weiter öffnen und bestehende Marktzugangsblokaden abbauen müsse. Wachsende Sorgen über chinesische Investitionen in Deutschland könnten, so Krempf, auch dadurch eingehegt werden, dass mehr Transparenz über deren private und staatliche Quellen und Motive herrsche und positive Arbeitplatzeffekte erkennbar würden (BDI 2017). Eine ähnlich differenziert positive Grundhaltung nimmt auch der Präsident des DIHK, Eric Schweitzer, ein. Die Seidenstraßeninitiative biete zweifelslos „neue Geschäftsmöglichkeiten“, aber die wirtschaftspolitische Ausrichtung und Strategien, wie jene im Schlüsseltechnologienbereich „Made in China 2025“, sorgten für Besorgnis, ob diese nicht auf eine Benachteiligung deutscher und anderer Unternehmen abzielten (DIHK 2017).

Führende deutsche Industrieunternehmen wie die Siemens AG, aber auch Logistik-Anbieter wie die Deutsche Bahn Cargo AG sowie die Deutsche Bank sind mit größeren Projekten schon beteiligt oder planen ihr Engagement auszuweiten (Heilmann und Gaspers 2017). Forschungsinstitute und zivilgesellschaftliche Akteure weisen indes darauf hin, dass auch die Kooperation auf Drittmärkten problematisch sein kann bzw. sein wird. Denn bislang sei die *Belt and Road Initiative* nicht hinreichend multilateralisiert und verliere deshalb rasch an Akzeptanz in den Zielländern (China-Programme et al. 2017; Schiek 2017; Wolff 2017). So fehle der Aufbau von Wissensplattformen, die es schwächeren Ländern erlaubten, nachhaltige Lösungen zu identifizieren, sowie die Vereinbarung gemeinsamer Standards zur Ausschreibung und Finanzierung von Projekten und deren Verknüpfung mit bestehenden Integrations- und Konnektivitätsstrategien (Wolff 2017). Es sei problematisch, wenn der zentralasiatische Grenzverkehr sich nur oder präferenziell für chinesische Produkte öffne, aber lokale Strukturen nicht nachhaltig reformiert würden, indem beispielsweise Korruption gefördert und nicht bekämpft werde (Schiek 2017).

Mit Aufmerksamkeit werden daher im deutschen BRI-Diskurs lokale Widerstände in den Zielländern verfolgt, die den wirtschaftlichen Erfolg der Initiative gefährden und ihr politisches Stabilisierungsziel verfehlen lassen könnten (Asienhaus 2017; Heilmann und Gasper 2017). Dies gilt vor allem für die mittel- und osteuropäischen Zielländer selbst, die bei künftigen Kreditausfällen erhebliche Probleme entwickeln könnten, chinesische Rückforderungen zu bedienen. Dies gilt aber auch für die in der BRI exponierten chinesischen Finanzinstitute, die im Falle eines massiven Kreditausfalls selbst ihre Bonität verlieren könnten (Gaspers 2017; Hoering 2017; The Economist 2017). Besondere Aufmerksamkeit richtet(e) sich daher auf die

deutsche Beteiligung an der AIIB und deren Etablierung und Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Zuge der jetzt anlaufenden Kreditvergabe (Deutsches Institut für Menschenrechte 2016; Horta et al. 2016; Wissenschaftlicher Dienst 2016).

In der Summe ergibt sich daher eine gemischte gesellschaftliche Präferenzorientierung in der zweiten Untersuchungsphase. Wirtschaftsnahe Institute und Unternehmen betonen die Chancen der Initiative, vor allem im Eurasischen Raum, für deutsche High-Tech-, Spezialbau- und Logistikunternehmen in der ersten Entstehungsphase sowie verbesserte Absatzchancen im Eurasischen und Asiatischen Raum in der mittleren Zukunft. Sie fordern aber gleichzeitig, die Öffnung des EU-Binnenmarktes für chinesische Investitionen von gleichwertigen Marktöffnungen abhängig zu machen, da diese bislang im Rahmen der WTO-Integration Chinas nicht oder nur unzureichend stattgefunden hätten. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Forschungsinstitute kritisieren die (unzureichende) Beteiligung gesellschaftlicher Akteure in den Zielländern, welche die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit der Initiative schwäche und damit auch Risiken für die beteiligten chinesischen Akteure (Provinzregierungen, Banken etc.) berge.

Regierungspositionen

In der zweiten Phase hält die Bundesregierung an ihrer grundsätzlich positiven Haltung zur BRI fest und baute diese 2016 noch aus, indem sie sich aktiv als Gründungsmitglied der AIIB und größter Teilhaber außerhalb der asiatischen Region engagierte. Vertreter der Regierungsparteien sprachen sich darüber hinaus für eine aktive Verknüpfung bestehender regionaler Organisationen und Initiativen, wie der Eurasischen Union und der Seidenstraßeninitiative, aus, um Synergieeffekte bei der Finanzierung der dringend benötigten Infrastruktur- und Interkonnektivitätsprojekte zu nutzen (Auswärtiges Amt 2017). Auf ihrer Pressekonferenz mit Staatspräsident Xi Jinping Anfang Mai 2017 erläuterte die Bundeskanzlerin die deutsche Position:

Deutschland hat positiv die Anstrengungen zu der sogenannten Seidenstraßen-Initiative begleitet, die vor allen Dingen auch Projekte der Verbindung der Interkonnektivität, wie man heutzutage sagt, im Blick hat. Wir glauben, dass wir uns gerne an solchen Projekten beteiligen werden und hoffen auf eine transparente Ausschreibung. Dann kann Deutschland seinen Anteil zur Realisierung solcher Projekte auch leisten. (Merkel 2017)

Transparenz in der Ausschreibung, Reziprozität im Marktzugang und die Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltstandards sind daher die wichtigsten wirtschaftlichen Anforderungen der Bundesregierung. Angesichts der starken Zunahme chinesischer Investitionen in Deutschland und anhaltender Marktzugangsbeschränkungen nutzte Bundeswirtschaftsministerin Zypries daher die Gelegenheit

auf dem Belt & Road-Forum im Mai 2017, um ein Plädoyer für Freihandel und offene Märkte und gegen Protektionismus zu halten:

We want German companies to be able to operate in China in the same way Chinese companies can in Germany... (But) there is still no clear timetable for dismantling the restrictions. (zitiert nach Reuters 2017)

Kooperationsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung vor allem bei der Zusammenarbeit in Drittstaaten. Große Infrastrukturprojekte bedürften nicht nur spezieller Fachexpertise, die in deutschen Unternehmen vorhanden sei, sondern auch einer professionellen und unabhängigen Risikoabwägung. Gleichzeitig müssten die politischen und wirtschaftlichen Bedenken der Partner ernster genommen werden.

We welcome the Belt and Road Initiative, because it strengthens globalisation. But it is globalisation with Chinese characteristics, meaning it's a sino-centric project. We want to participate in developing this project on an equal basis. (Claus 2017a)

Bedenken gäbe es auch in China selbst, so der deutsche Botschafter in China, Michael Claus, denn staatsnahe Unternehmen expandierten zwar stark in der Initiative, private Unternehmer scheuten aber vielfach das Risiko, in politisch und wirtschaftlich unsicheren Regionen zu investieren, die international mehrheitlich als nicht investitionstauglich (ca. 2/3) betrachtet würden (Claus 2017).

Vor diesem Hintergrund entschloss sich die Bundesregierung bewusst, und gegen den ausdrücklichen Rat der US-Regierung, zum Beitritt in die AIIB, mit einem Kapitalanteil von 4,4842 % (Röhr 2018: 231).⁶ Als größter Kapitalantileisner außerhalb Asiens unterstützt die Bundesrepublik die nachhaltigen Entwicklungsziele der Bank, die über die Finanzierung von Infrastruktur und anderen produktiven Sektoren sowie durch regionale Kooperation mit bestehenden Finanzinstitutionen und Organisationen erreicht werden sollen (Bundestag 2015). Durch die deutsche Beteiligung, so der damalige Finanzminister Schäuble, könne die Bundesrepublik sicherstellen, dass die Bank die hohen, international üblichen Standards einhalte und gleichzeitig eine vorteilhaftere Bonitätsbeurteilung erhalte.

We want to contribute our long-standing experience with international financial institutions to the creation of the new bank by setting high standards and helping the bank to get a high international reputation. (zitiert nach Thomas/Hutzler 2015)

In den Beratungen des Deutschen Bundestages argumentierten alle Fraktionen, dass eine bessere Einbindung der Volksrepublik in die internationalen Finanzinstitutionen vorteilhaft sei. Gleichzeitig betonten sie, dass die Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, und Menschenrechtsstandards zentral für das Gelingen der finanzierten Projekte sei. Diese Standards müssten sich an den bestehenden Regeln

⁶ Das entspricht einer Einlage von 4,4842 Mrd. USD, von denen 900 Mio. USD in vier Jahresraten in bar einzuzahlen sind, während für ca. 3,6 Mrd. USD Haftungskapital eine Gewährleistung übernommen werden muss.

der Weltbank orientieren (Bundestag 2015). Anfang Februar 2016 wurde der deutsche Karrierediplomat und ehemalige Vizepräsident der Weltbank, Joachim von Amsberg, zum AIIB-Vizepräsidenten für Politik und Strategie berufen, sodass eine enge Abstimmung mit der Bundesregierung als Anteilseignerin möglich ist.

Der Kooperation in Drittstaaten durch die Koordination in der AIIB sowie in weiteren bilateralen Projekten in Afghanistan und Angola steht ab Mitte 2017 ein schwelender Konflikt über die regulatorische und politische Einflussnahme der chinesischen Regierung in Mittelost- und Südeuropa gegenüber. Um den regulatorischen Wettbewerb zwischen der transeuropäischen Infrastrukturpolitik und der Seidenstraßeninitiative möglichst früh einzuhegen, setzte sich die Regierung in Berlin von Anfang an für eine gemeinsame BRI-Politik aller EU-Staaten ein (Macocki 2017; Wrießnig 2017). Sie unterstützte nachdrücklich die Etablierung einer EU-China-Konnektivitätsplattform, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur, Ausrüstung, Technologie und Standards zu fördern (Bundesregierung 2016). Gleichzeitig propagierte der deutsche Botschafter in Peking, Claus, aber auch eine proaktive Haltung der EU-Staaten im Umgang mit der chinesischen Initiative:

I suggest two ways to deal with China's Silk Road ambitions. One, partner with China to close development gaps, while reinforcing the open, transparent and non-hierarchical world order, as seems to be working with the AIIB. Two, Europe could offer its own concept to act as another friendly pole with the power to attract. Local content – that is, maximum participation by local labour, local companies and local products – could be the signature of connectivity, European-style. Open tenders where the best offer wins, hopefully through a bid from the country where the project is built, would be another. Labour safety, environmental standards and fair and sustainable financing would be a third. (Claus 2017c)

Im Verlauf des Jahres 2017 wurde aus Sicht der Bundesregierung indes immer deutlicher erkennbar, dass Peking seine verstärkte Investitionstätigkeit dazu nutzte, auf politische Entscheidungen von EU-Mitglieds- und Aspirantenstaaten Einfluss auszuüben. Im Einzelnen geht es u. a. um folgende EU-Entscheidungen: Bereits im Sommer 2016 positionierten sich Griechenland, Ungarn (und Kroatien) gegen eine gemeinsame EU-Stellungnahme, welche die chinesische Regierung aufforderte, die Entscheidung des Ständigen Schiedshofes zum chinesischen Territorialanspruch im Südchinesischen Meer zu respektieren. Im März 2017 blockierte Ungarn einen gemeinsamen Brief der EU, der die Folter inhaftierter Anwälte in China beklagte. Im Juni wurde die Einführung einer strengeren EU-Kontrolle für ausländische Direktinvestitionen von einer Koalition von EU-Mitgliedsstaaten (Portugal, Malta, Griechenland und die Tschechische Republik sowie Schweden) verwässert, die enge Investitionsbeziehungen zu China pflegen. Im Juni 2017 verhinderte Griechenland dann erneut eine gemeinsame EU-Stellungnahme über Menschenrechtsverletzungen in China im UN-Rahmen (Cerulus und Hanke 2017; Gotev 2016; Karnitschnig 2017).

Die Reaktion der Bundesregierung im Herbst 2017 ließ daraufhin wenig Interpretationsspielraum. In einer Rede vor französischen Botschaftern Ende August erklärte Bundesaußenminister Gabriel, dass die EU sich wehren müsse, wenn die chinesische Regierung versuche, die Mitgliedsstaaten zu spalten. Wörtlich fügte er hinzu:

dass es [China, S. H.] nicht nur von uns sagt, wir mögen doch bitte mit Blick auf China doch eine Ein-China-Politik betreiben, sondern wir müssen natürlich auch von China verlangen, dass sie bitte eine Ein-Europa-Politik betreiben und uns nicht versuchen zu spalten. (zitiert in Euractiv 2017)

Wenig später bekräftigte der deutsche Botschafter in der Volksrepublik, Michael Claus, nochmals diese kritische Haltung in einem Interview gegenüber der *South China Morning Post*: „we expect China not to interfere with the decision-making process of the EU through individual member states“ (Claus 2017b).

In der Summe zeigt die bundesdeutsche Außenpolitik in der zweiten Untersuchungsphase gegenüber der Seidenstraßeninitiative folgendes Politikmuster: Mit der Zunahme der direkten Einwirkung der chinesischen Initiative auf die Präferenzen einer Vielzahl politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure kommt es zu einer deutlich stärker konturierten außenpolitischen Reaktion. Dabei steht der deutsche Beitritt zur AIIB (2016) für die Kompatibilität gemeinsamer wirtschafts- und entwicklungspolitischer Interessen in Drittstaaten, insbesondere in Asien und auch Europa, und die Einforderung einer „Ein-Europa-Politik“ durch Bundesaußenminister Gabriel (2017) für die Inkompatibilität der beiderseitigen identitären und politischen Ordnungsvorstellungen, die aus deutscher Sicht eine Einflussnahme auf EU-interne Abstimmungsprozesse ausschließen. Gleichzeitig wird aus liberaler Perspektive mit der Etablierung der EU-China-Konnektivitätsplattform erkennbar, wie beide Partner durch institutionalisierte Politikkoordination versuchen, ihre Interessenbildungsprozesse anzunähern.

Fazit

In diesem Beitrag wurde aus der Perspektive der liberalen Außenpolitiktheorie argumentiert, dass die zeitliche und politikfeldspezifische Varianz der deutschen Reaktion auf die Seidenstraßeninitiative durch machtpolitische oder geoökonomische Ansätze nicht hinreichend erklärt werden kann. Keine dieser Perspektiven kann angesichts der aufsteigenden Wirtschaftsmacht China plausibel machen, warum es nicht zu einer einheitlichen, auf relative Gewinne ausgerichteten deutschen Politik gegenüber der chinesischen Seidenstraßeninitiative gekommen ist (Gegenmachtbildung), oder warum die Bundesrepublik keine einheitlich positive Haltung eingenommen hat (*bandwagoning*). Vielmehr zeigt das deutsche Reaktionsverhalten viel Varianz über Zeit und Politikfelder, die sich auf die Entwicklung

gesellschaftlicher Präferenzen und deren Übertragung auf die Regierungspolitik zurückführen lässt.

Aus diesen und anderen Gründen ist eine liberale Interpretation der über Zeit deutlich ambivalenter werdenden deutschen Reaktion theoretisch überzeugender und empirisch plausibler als ihre realpolitischen Alternativen. Keine andere außerasiatische Nation hat die von China initiierte AIIB so stark unterstützt wie die Bundesrepublik, und keine andere EU-Regierung hat die chinesische Einflussnahme auf interne EU-Abstimmungsprozesse so offen und eindeutig kritisiert wie die deutsche Bundesregierung.

Konkret zeichnen die Befunde aus der liberalen Perspektive folgendes Bild der deutschen Reaktion: In der ersten Phase bis Mitte 2015 ist das öffentliche Interesse an der Initiative eher schwach, wenngleich verhalten positiv vonseiten einiger Wirtschaftssektoren (Logistik) während die Bundesregierung bereits früh eine unterstützende Haltung einnimmt. In der zweiten Phase nimmt das öffentliche und das Fachinteresse deutlich zu, das Meinungsspektrum entfaltet sich deutlich, und die Bundesregierung bezieht klarere Positionen, die mit gesellschaftlichen Erwartungen korrelieren: entwicklungspolitische und wirtschaftliche Interessen im Rahmen des AIIB-Beitritts, wirtschafts- und ordnungspolitische Interessen bei Marktzugang und Investitionskontrolle; europapolitische Interessen bei der Begrenzung der chinesischen Einflussnahme auf innereuropäische Entscheidungen. Diese Befunde lassen zudem erwarten, dass beispielsweise eine stärkere gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards innerhalb der AIIB in näherer Zukunft dazu führen wird, dass sich die Bundesrepublik als Anteilseignerin für eine entsprechend restriktivere Kreditvergabepraxis einsetzen wird.

Ordnungspolitische Konflikte zwischen der demokratischen Bundesrepublik Deutschland und der auf Ein-Parteien-Herrschaft basierenden Volksrepublik China, wie jene zwischen den EU-Reglungen zum öffentlichen Auftragswesen und den chinesischen Infrastrukturinvestitionen in Ungarn, sind aus liberaler Sicht unausweichlich. Sie treten überall dort auf, wo die Interesseninkompatibilität so groß ist, dass auch institutionalisierte Politikkoordination – wie jene durch die EU-China-Konnektivitätsplattform – diese nicht zu überwinden vermag. Für die marktwirtschaftlich orientierte Bundesrepublik ist es regulierungspolitisch problematisch, wenn die Regeln des öffentlichen Auftragswesens in der EU für große Infrastrukturprojekte zugunsten großer Monopolanbieter aus dem Ausland außer Kraft gesetzt werden. Für die demokratisch verfasste Bundesrepublik, die den immer engeren Zusammenschluss Europas als Staatsziel im Grundgesetz verankert hat, ist es zudem ordnungs- und identitätspolitisch sehr problematisch, wenn eine außereuropäische Macht ihren wirtschaftlichen Einfluss in bestimmten EU-Mitgliedsstaaten einsetzt, um die Haltung demokratisch legitimierter Regierungen im innereuropäischen Abstimmungsprozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Hinter diesen Interessenkonflikten stehen tiefgehende Konflikte über

internationale ordnungspolitische Vorstellungen, die sich allenfalls lindern, aber nicht auflösen lassen. Die Entwicklung einer eigenen Konnektivitätsinitiative der Europäischen Union für Asien ist deshalb eine logische Folge dieser ordnungspolitischen Konflikte zwischen der chinesischen Führung und dem ordnungspolitischen Anspruch der Union (European Parliament 2018), wie sie die „Globale Strategie der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2016) prägt.

Um solche Konflikte zwischen der Volksrepublik China und der Europäischen Union und Deutschland zu vermeiden, bedürfte es erheblicher struktureller Veränderungen auf beiden Seiten, die nicht nur die marktbeherrschende Stellung staatseigener Betriebe in der Volksrepublik, sondern auch die tiefverwurzelten Interessen deutscher Investitions- und Produktionsnetzwerke in Mittel- und Osteuropa einschließen würden. Solche grundlegenden Veränderungen sind in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Daher wird die ambivalente Haltung der Bundesrepublik gegenüber der chinesischen BR-Initiative anhalten und sich möglicherweise verstärken oder abschwächen, sofern sich der momentane Trend in der chinesischen BRI-Politik fortsetzt, geplante Projekte zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen und neue Projekte im Lichte lokaler Vorbehalte zu planen.

Literatur

- Auswärtiges Amt (2017): „„Eurasische Konnektivität“: Regionale Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt“, 28. Juni, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/asien/170622-eurasische-boko/290956> (Aufruf: 30.11.2017)
- Bienen, Derk; Freund, Corinna; Rittberger, Volker (1999): „Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus“, in: *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, 33, <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/47203/pdf/tap33.pdf?sequence=1&isAllowed=y>
- Brummer, Klaus; Oppermann, Kai (2014): *Außenpolitikanalyse*. München: Oldenbourg
- Bundesregierung (2016): „Gemeinsame Erklärung anlässlich der 4. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“, 13. Juni, <http://www.china.diplo.de/contentblob/4831674/Daten/6647312/160617merkelerklaerungdd.pdf> (Aufruf: 30.11.2017)
- Bundesregierung/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2014): „Aktionsrahmen für die deutsch-chinesische Zusammenarbeit: „Innovation gemeinsam gestalten!““, 10. Oktober, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2014/10/2014-10-10-aktionsrahmen-dt-chin.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Aufruf: 30.11.2017)
- Bundestag (2015): „Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 18/6163), Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Juni 2015 zur Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank“, *Drs. 18/6568*, 04. November
- Bundesverband der Deutschen Industrie/BDI (2017): „Kempf: „Wir wollen, dass China sich öffnet““, *BDI-Agenda*, 2017/06, 07. Juni, <https://bdi.eu/newsletter/agenda/issue-2017-06-17/wir-wollen-nicht-dass-europa-sich-abschottet-wir-wollen-dass-china-sich-oeffnet> (Aufruf: 30.11.2017)
- Chen, Xin (2014): „China-EU Trade and Economic Relations (2003-2013)“, in: *Global Economic Observer*, 2.1: 41–55

- China-Daily (2016): „China’s economic transformation opportunity for China, Germany: BDI Chief“, zuletzt geändert: 03. September, http://www.chinadaily.com.cn/business/2016-09/03/content_26688759.htm (Aufruf: 30.11.2017)
- China-Programm der Stiftung Asienhaus (Hg.) (2017): *Wohin führen die Neuen Seidenstraßen? Chinas Belt and Road Initiative*. Köln: China-Programm der Stiftung Asienhaus, https://www.eu-china.net/uploads/tx_news/Broschuere_Chinas_Belt_and_Road_Initiative_Wohin_fuehren_die_neu_en_Seidenstrassen_2017.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- China-Programme; Stiftung Asienhaus; chinadialogue (Hgg.) (2017): *Silk road bottom-up: Regional perspectives on the ‘Belt and Road Initiative’*, Köln: China-Programme/Stiftung Asienhaus, https://www.eu-china.net/uploads/tx_news/Broschuere_Silk_Road_Bottom-Up_2017.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Claus, Michael (2017a): „Where the rubber meets the ‘Belt and Road’ – German ambassador answers the big questions“, in: *South China Morning Post*, 13. Mai, http://www.china.diplo.de/Vertretung/china/de/_pr/Kopie_20von_202016/reden_bo/170513-scmp-pm/170513-scmp-pm.html?archive=3366876 (Aufruf: 30.11.2017)
- (2017b): „Belt and road plan shouldn’t be globalisation with Chinese characteristics, ambassador says“, in: *South China Morning Post*, 06. Oktober, http://www.china.diplo.de/Vertretung/china/de/_pr/2017/reden_bo/171009-scmp-pm.html?archive=3366876 (Aufruf: 30.11.2017)
- (2017c): „Why Europe and the US cannot afford to ignore China’s belt and road“, in: *South China Morning Post*, 16. Juni, http://www.china.diplo.de/Vertretung/china/de/_pr/Kopie_20von_202016/reden_bo/170616-scmp-pm/170616-scmp-pm.html?archive=3366876 (Aufruf: 30.11.2017)
- Cnotka, Daniel (2014): „Großer Bahnhof für Xi Jinping“, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 31. März, <https://www.waz.de/staedte/duisburg/grosser-bahnhof-fuer-xi-jinping-id9184012.html> (Aufruf: 30.11.2017)
- Deutsche Verkehrszeitung/DVZ (2017): „Duisport setzt auf China-Karte“, in: *DVZ Online*, 11. April, <http://www.dvz.de/rubriken/land/binnenschifffahrt/single-view/nachricht/duisport-setzt-auf-die-china-karte.html> (Aufruf: 30.11.2017)
- Deutsche Welle (2014): „Chinesische Investoren in Deutschland willkommen“, in: *Deutsche Welle Online*, 16. Januar, <http://www.dw.com/de/chinesische-investoren-in-deutschland-willkommen/a-17368850> (Aufruf: 30.11.2017)
- (2017): „Was bringt Chinas Neue Seidenstraße?“, in: *Deutsche Welle Online*, 17. November, <http://www.dw.com/de/was-bringt-chinas-neue-seidenstra%C3%9Fe/a-41421445> (Aufruf: 30.11.2017)
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag/DIHK (2017): „China-Geschäft: Schranken wären der falsche Weg“, 15. Mai, https://www.dihk.de/presse/nachrichten/news/?b_start:int=220&-C= (Aufruf: 30.11.2017)
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2016): *Neue Umwelt- und Sozialstandards bei Weltbank und AIB. Konsequenzen der Neuregelungen für die Durchsetzung von Menschenrechten*. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/POSITION/Position_4_Neue_Umwelt-_und_Sozialstandards_bei_Weltbank_und_AiIB.pdf (Aufruf 2017-11-30)
- The Economist (2017): „China faces resistance to a cherished theme of its foreign policy“, 04. Mai, <https://www.economist.com/news/china/21721678-silk-routes-are-not-always-appealing-they-sound-china-faces-resistance-cherished-theme> (Aufruf: 30.11.2017)
- Ederer, Markus (2016): „‘Implications of the One Belt, One Road Initiative for Europe and the Eurasian Continent’ – Rede von Staatssekretär Markus Ederer bei der Veranstaltung ‚Bestandsaufnahme OBOR‘“, 02. Februar, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/infoservice/web-archiv-node/archivreden-node/2016-archivreden-node/-/278098> (Aufruf: 30.11.2017)

- Erling, Johnny (2017): „China will Merkels Anti-Amerika-Moment nutzen. Die Bierzeltrede der Kanzlerin wurde auch in Peking gehört“, in: *Die Welt*, 31. Mai, https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article165100265/China-will-Merkels-Anti-Amerika-Moment-nutzen.html (Aufruf: 30.11.2017)
- Ernst & Young (2017): „Direktinvestitionen chinesischer Unternehmen in Deutschland und Europa“, [http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/ey-direktinvestitionen-chinesischer-unternehmen-in-deutschland-und-europa/\\$FILE/ey-direktinvestitionen-chinesischer-unternehmen-in-deutschland-und-europa.pdf](http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/ey-direktinvestitionen-chinesischer-unternehmen-in-deutschland-und-europa/$FILE/ey-direktinvestitionen-chinesischer-unternehmen-in-deutschland-und-europa.pdf) (Aufruf: 30.11.2017)
- Euractiv (2017): „Sigmar Gabriel warnt Europa vor Spaltung durch China“, in: *Euractiv Online-Portal*, 31. August, <http://www.euractiv.de/section/all/news/sigmar-gabriel-warnt-europa-vor-spaltung-durch-china/> (Aufruf: 30.11.2017)
- European Parliament (2016): „At a glance: What Think Tanks Are Thinking: China and Europe“, 11. März, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2016/575703/EPRS_ATA\(2016\)575703_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2016/575703/EPRS_ATA(2016)575703_EN.pdf) (Aufruf: 30.11.2017)
- (2017): „Briefing: What Think Tanks Are Thinking: The EU and China“, 16. Juni, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2017/607257/EPRS_BRI\(2017\)607257_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2017/607257/EPRS_BRI(2017)607257_EN.pdf) (Aufruf: 30.11.2017)
- (2018): „Briefing: Prospects for EU–Asia connectivity. The ‘European way to connectivity’“, 18. Oktober, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/628265/EPRS_BRI\(2018\)628265_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/628265/EPRS_BRI(2018)628265_EN.pdf) (Aufruf: 30.11.2017)
- Fioretos, Orfeo (2001): „The Domestic Sources of Multilateral Preferences: Varieties of Capitalism in the European Community“, in: Hall, Peter; Soskice, David (Hgg.): *Varieties of Capitalism*. Oxford: Oxford Univ. Pr., 213–244
- Gaspers, Jan (2017): „Seidenstraße: Licht und Schatten“, in: *Wirtschaftsdienst*, 97.6: 382
- Gaspers, Jan; Lang, Bertram (2016): „Germany and the Belt and Road Initiative: Tackling Geopolitical Implications through Multilateral frameworks“, in: van der Putten, Frans-Paul; Seaman, John; Huotari, Mikko; Otero-Iglesias, Miguel (Hgg.): *Europe and China’s New Silk Roads*. ETNC Report, Dezember 2016, 24-29, http://www.iai.it/sites/default/files/2016_etnc_report.pdf (Aufruf 30.11.2017)
- Ghiasy, Richard; Zhou, Jiayi (2017): *The Silk Road Economic Belt. Considering security implications and EU–China cooperation prospect*. Stockholm: SIPRI, <https://www.sipri.org/sites/default/files/The-Silk-Road-Economic-Belt.pdf> (Aufruf: 30.11.2017)
- Godehardt, Nadine (2014): *Chinas »neue« Seidenstraßeninitiative Regionale Nachbarschaft als Kern der chinesischen Außenpolitik unter Xi Jinping*. Berlin: SWP, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S09_gdh.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- (2016): *No End of History. A Chinese Alternative Concept of International Order?*. Berlin: SWP, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2016RP02_gdh.pdf, (Aufruf: 30.11.2017)
- Gotev, Georgi (2016): „EU unable to adopt statement upholding South China Sea ruling“, in: *Euractiv*, 14. Juli, <http://www.euractiv.com/section/global-europe/news/eu-unable-to-adopt-statement-upholding-south-china-sea-ruling/> (Aufruf: 30.11.2017)
- Gourevitch, Peter (2002): „Domestic Politics and International Relations“, in: Carlsnaes, Walter; Simmons, Beth; Risse, Thomas (Hgg.): *Handbook of International Relations*, London: Sage, 309–328
- Harnisch, Sebastian (2006): *Internationale Politik und Verfassung. Zur Domestizierung des sicherheits- und europapolitischen Prozesses der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos
- (2009): „German Politics Lecture: The politics of domestication: A New Paradigm in German foreign policy“, in: *German Politics*, 18.4: 455–468

- Heilmann, Sebastian; Gaspers, Jan (2017): „Die Neue Seidenstraße. Seit Donald Trump in den USA regiert, kann sich China als Garant des Freihandels präsentieren. Das wichtigste Vehikel seiner ehrgeizigen Politik ist das globale Infrastrukturprojekt Neue Seidenstraße“, in: *Le Monde Diplomatique*, 08. Juni, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5408466> (Aufruf: 30.11.2017)
- Heinritzi, Johannes (2017): „Von Xian nach Duisburg“, in: *Focus Money*, 19. April
- Hoering, Uwe (2017): „Die ‚Neue Seidenstraßen-Initiative‘. Chinas Anlauf zu globaler Präsenz“, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E)*, 08
- Horta, Korinna; Wang, Wawa; Sausmikat, Nora (2016): „The new China-led investment bank AIB and its geo-strategical meaning“, Köln: Stiftung Asienhaus, https://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/Blickwechsel__INVESTMENT.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Huawei (Hg. in Zusammenarbeit mit dem GIGA und TNS Emnid) (2014): „Deutschland und China – Wahrnehmung und Realität. Die Huawei-Studie 2014“, <http://www.huawei-studie.de/downloads/Huawei-Studie-2014-DE.pdf> (Aufruf: 30.11.2017)
- Huawei (Hg. in Zusammenarbeit mit dem GIGA, Universität Duisburg-Essen und TNS Emnid) (2016): „Deutschland und China – Wahrnehmung und Realität. Die Huawei-Studie 2016“, <http://www.huawei-studie.de/downloads/Huawei-Studie-2016-DE.pdf> (Aufruf: 30.11.2017)
- Jakóbowski, Jakub (2016): „A partial success of trade cooperation within the ‘16+1’ formula: the case of food exports to China“, in: *OSW Commentary*, 189, https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_189_0.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Karnitschnig, Matthew (2017): „Beijing’s Balkan backdoor“, in: *Politico*, 13. Juli, <https://www.politico.eu/article/china-serbia-montenegro-europe-investment-trade-beijing-balkan-backdoor/> (Aufruf: 30.11.2017)
- Kundnani, Hans (2011): „Germany as a Geo-economic Power“, in: *The Washington Quarterly*, 34.3: 31–45
- Lee, Felix (2017): „Eklat bei Chinas Multimilliarden-Projekt neue Seidenstraße“, in: *Berliner Morgenpost*, 16. Mai, <https://www.morgenpost.de/wirtschaft/article210592161/Eklat-bei-Chinas-Multimilliarden-Projekt-neue-Seidenstrasse.html> (Aufruf: 30.11.2017)
- Lu, Anchetta (2015): „Taicang promotes the Belt and Road Initiative“, in: *China Daily*, 03. Juni, http://www.chinadaily.com.cn/regional/2015-06/03/content_20902044_2.htm, (Aufruf: 30.11.2017)
- Makocki, Michal (2017): *China in the Balkans: The Battle of Principles*. Brüssel: ECFR, http://www.ecfr.eu/article/commentary_china_in_the_balkans_the_battle_of_principles_721, (Aufruf: 30.11.2017)
- Merkel, Angela (2015): „Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Bergedorfer Gesprächskreis am 29. Oktober 2015“, 29. Oktober, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/10/2015-10-29-rede-merkel-bergedorfer-gespraechskreis.html> (Aufruf: 30.11.2017)
- (2017): „Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping“, 05. Juli, <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/07/2017-07-05-statement-merkel-xi.html> (Aufruf: 30.11.2017)
- Miller, Tom (2017): *China’s Asian Dream: Empire Building along the New Silk Road*. London: ZED Books
- Milner, Helen (1997): *Interests, Institutions, and Information: Domestic Politics and International Relations*. Princeton: Princeton UP
- Moravcsik, Andrew (1993): „Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach“, in: *Journal of Common Market Studies*, 31.4: 473–523
- (1997): „Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics“, in: *International Organization*, 51.4: 513–553

- (2008): „The New Liberalism“, in: Reus-Smit, Christian; Snidal, Duncan (Hgg.): *The Oxford Handbook of International Relations*. New York: Oxford, 234–254
- Oppermann, Kai; Brummer, Klaus (2018): „Veto player approaches in foreign policy analysis“, in: Thies, Cameron (Hg.): *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford University Press, 807–824
- Oppermann, Kai; Höse, Alexander (2011): „Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik“, in: Jäger, Thomas; Höse, Alexander; Oppermann, Kai (Hgg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 44–76
- Oppermann, Kai; Viehrig, Henrike (Hgg.) (2011): *Issue salience in international politics. Routledge advances in international relations and global politics*. Abingdon: Routledge
- Pepe, Jacopo Maria (2017): „China’s Inroads into Central, Eastern and Southeastern Europe. Regional and Global Implications for Germany and the EU“, in: *DGAP-Analyse*, 2/2017, Berlin: DGAP, <https://dgap.org/en/article/getFullPDF/29245> (Aufruf: 30.11.2017)
- Ramsauer, Thomas (2016): „Die neue Asian Infrastructure Investment Bank: Zuviel Wirbel um Chinas Vorstoß?“, in: *Arbeitspapier Sicherheitspolitik*, 2/2016, Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2016_02.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Reuters (2017): „Germany demands more free trade guarantees on China Silk Road plan – minister“, 14. Mai, <https://uk.reuters.com/article/uk-china-silkroad-germany/germany-demands-more-free-trade-guarantees-on-china-silk-road-plan-minister-idUKKCN18A0AH?il=0> (Aufruf: 30.11.2017)
- Rheinische Post (2017): „Generalkonsul Haiyang Feng im Interview: Chinesischer Job-Motor fürs Rheinland“, in: *Rheinische Post*, 11. Mai, <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/chinesischer-job-motor-fuer-das-rheinland-aid-1.6811298> (Aufruf: 30.11.2017)
- Risse-Kappen, Thomas (1988): *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, 1977–1984*. Mainz, München
- (1991): „Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies“, in: *World Politics*, 43.4: 479–512
- Rolland, Nadège (2017): *China’s Eurasian Century? Political and Strategic Implications of the Belt and Road Initiative*. Washington, DC: National Bureau of Asian Research
- Röhr, Wolfgang (2018): „Berlin Looking Eastward: German Views of and Expectations from the New Silk Road“, in: Mayer, Maximilian (Hg.): *Rethinking the Silk Road*. Singapur: Palgrave Macmillan, 227–246
- Rudolf, Moritz (2015): „Häfen, Bahnen, Pipelines“, in: *Internationale Politik*, 63.3: 102–107
- Schiek, Sebastian (2017): *Bewegung auf der Seidenstraße. Chinas Belt and Road-Initiative als Anreiz für zwischenstaatliche Kooperation und Reformen an Zentralasiens Grenzen*. Berlin: SWP, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S16_ses.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Schirm, Stefan (2013): „Global politics are domestic politics: a societal approach to divergence in the G20“, in: *Review of International Studies*, 39, 3: 685–706
- (2016): „Domestic ideas, institutions or interests? Explaining governmental preferences toward global economic governance“, in: *International Political Science Review*, 31.1: 66–80
- Schüller, Margot; Schüller-Zhou, Yun (2015): „Chinas Seidenstraßen-Initiative trifft auf transeuropäische Infrastrukturpolitik“, in: *GIGA-Focus*, Nr. 8/2015, https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1508_0.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Shi, Mingde (2017): „Win-Win ist der Weg“, in: *Die Welt*, 07. Februar, <http://www.china-botschaft.de/det/dszl/dsjscf/t1436468.htm> (Aufruf: 30.11.2017)

- Stanzel, Angela (2016): *China's Investment in Influence: The Future of 16+1 Cooperation, China Analysis*. Brüssel: European Council on Foreign Relations, http://www.ecfr.eu/page/-/China_Analysis_Sixteen_Plus_One.pdf (Aufruf: 30.11.2017)
- Thomas, Andrea; Hutzler, Charles (2015): „Germany, France, Italy to Join China-Backed Development Bank. The Asian Infrastructure Investment Bank is seen as challenger to Washington-based World Bank“, in: *Wall Street Journal*, 17. März, <https://www.wsj.com/articles/germany-france-italy-to-join-china-backed-development-bank-1426597078> (Aufruf: 30.11.2017)
- van der Putten, Frans-Paul; Seaman, John; Huotari, Mikko; Otero-Iglesias, Miguel (Hgg.) (2016): „Europe and China's New Silk Road. A Report by the European Think-tank Network on China (ETNC)“, 12/2016, https://www.merics.org/fileadmin/user_upload/downloads/Allgemeine_PDF/etnc-report-2016.PDF (Aufruf: 30.11.2017)
- von der Burchardt, Hans; Paravicini, Giulia; Hanke, Jacob (2017): „Europe and China: The Uneasy Truce“, in: *Politico.EU*, 01. Juni, <https://www.politico.eu/article/europe-and-china-the-uneasy-truce-market-economy-export/> (Aufruf: 30.11.2017)
- Wissenschaftliche Dienste (2016): „Sachstand. Die Sozial- und Menschenrechtsstandards der Weltbank und der Asian Infrastructure Investment Bank“, in: *WD 2 - 3000 - 091/16*, <https://www.bundestag.de/blob/436482/216490962b566f7bdf5eef0b046389e5/wd-2-091-16-pdf-data.pdf> (Aufruf: 30.11.2017)
- Wrießnig, Thomas (2017): „Die geostrategische Bedeutung der Seidenstraßen-Initiative Chinas (OBOR)“, in: *Arbeitspapier Sicherheitspolitik*, 4/2017, Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2017_04.pdf (Aufruf: 30.11.2017)